

hinterenrechtskonvention vor- schreibt. Bauer nannte dies „eine der zentralen bildungspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre“.

Bisher werden in Deutschland nur rund 15 Prozent der Kinder in Sonderschulen unterrichtet.

Zuletzt besuchten mehr als 400.000 Kinder eine Sonderschule. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die im Jahr 2006 in Deutschland ratifiziert wurde, fordert die Integration von Kindern mit Behinderungen in das allgemeine Bildungssystem.



die tageszeitung

NR. 8832
11. WOCHEN
31. JAHRE GANGE
AUSGABE BERLIN
€ 1,80 AUSLAND
€ 1,20 DEUTSCHLAND
MITTWOCH, 11. MÄRZ 2009

... Schulen.
... deutsche Sonderschulen.

... gibt es nur in Bremen einen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht.

... Doch selbst dann werde der Umbau zu einem inklusiven Bildungssystem mindestens bis 2020 dauern, so Bauer. Schließlich müssten Lehrkräfte ge-

... werden. ... sonderpädagogisch ist gescheitert, sondern das System 'Sonderschule', sagte Bauer.

Die Grünen im Bundestag haben vor kurzem ein Gutachten vorgelegt, wonach bis 2020 alle Sonderschulen aufgelöst werden könnten. Laut dem Papier des Forschungsinstituts für Bil-

... eine Abschaffung restlos aller Sonderschulen fordert der Sozialverband hingegen nicht. In manchen Fällen – etwa bei schwer und mehrfach behinderten Kindern – könne der Besuch einer Förderschule auch in Zukunft der bessere Weg sein. Aber in den meisten Fällen, so Bauer, sei die Sonderschule „eine Sackgasse für die Kinder“.

... teite das Au- zung hatte die Seeräuber n- nem fehlgeschlagen. auf einen deutschen Fracht- Golf von Aden festgesetzt. raten müssen sich nun i- nem Abkommen zwischen EU und Kenia vor einem i- schen Gericht verantwort- hatten erfolglos das Hi- schiff „MV Courier“ einer- burger Reederei attackiert.

Abschiebepolitik hat nicht selten tödliche Folgen

Die Antirassistische Initiative Berlin sammelt Fälle, in denen Abschiebehäftlinge unmenschlich behandelt werden

BERLIN taz ■ Warum David S. am 16. Juli 2008 in der Justizvollzugsanstalt Nürnberg nicht gerettet werden konnte, wird sich vielleicht nie mehr klären lassen. Der 23-Jährige hatte sich mit einer Kasserlingke die Pulsadern aufgeschnitten und kurz danach um Hilfe gerufen. Doch erst nach knapp 30 Minuten trafen Sanitäter ein und begannen mit der Notfallversorgung. Kurz danach wurde der junge Mann bewusstlos und starb an dem hohen Blutverlust.

Dass der Fall nach fast acht Monaten einer größeren Öffent-

lichkeit bekannt wird, ist der Antirassistischen Initiative Berlin (ARI) zu verdanken.

Eine kleine Gruppe von Aktivistinnen sammelt und prüft akribisch alle Meldungen über Gewalt gegen Flüchtlinge und stellt eine jährlich aktualisierte Dokumentation über die „bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“ zusammen.

In die kürzlich erschienene 16. Ausgabe wurde auch der Tod von David S. aufgenommen. Der 15-Jährige war mit seinen Eltern aus Armenien nach Deutschland

gekommen. Während seine kranken Eltern Ersatzpässe bekamen, trieben die Ausländerbehörden die Abschiebung von David S. kurz nach seiner Volljährigkeit voran. Er musste die Eltern verlassen und in eine Sammelunterkunft ziehen.

Als er dann wegen des Verdachts auf Beteiligung an einem Überfall in Untersuchungshaft kam, durfte er seine Eltern weder sehen noch mit ihnen telefonieren. Seine selbstzugefügten Verletzungen waren deswegen wohl eher eine Verzweiflungstat als ein Todeswunsch. Bisher ist über

die Strafanzeige, die die Eltern von David S. gegen die JVA-Beamten und das medizinische Personal wegen unterlassener Hilfeleistung und fahrlässiger Tötung gestellt haben, noch nicht entschieden.

In der ARI-Dokumentation werden auch mehrere Fälle von Abschiebungen nach Selbstmordversuchen aufgelistet. Darunter ist der Fall eines 20-jährigen Kurden, der sich in Regensburg in der Abschiebehäft anzündete. Er überlebte. Zwei Wochen später wurde er in die Türkei abgeschoben, wo er mehr-

mals festgenommen und nach eigenen Angaben beim Verhör geschlagen wurde. Auch ein albanischer Flüchtling wurde kurze Zeit nach einem Suizidversuch am 1. Mai 2008 in das Kosovo abgeschoben.

Als die Antirassistische Initiative Berlin Anfang der Neunzigerjahre mit der Dokumentationsarbeit begann, standen die Angriffe von Neonazis auf Flüchtlinge im Vordergrund. In den letzten Jahren rückten die tödlichen Folgen von Abschiebungen und Abschiebehäft in den Mittelpunkt. Die ARI-Mitarbeiterin Elke Schmidt sieht im Fehlen von Menschenrechtsschutz für Flüchtlinge in Deutschland ein „Grundproblem“.

PETER NOWAK

Visa-Warndate vorerst vom Tisch

BERLIN dpa ■ Die von der Koalition geplante Warndate gegen den Visums-Missbrauch vorerst gescheitert. Der Senenpolitiker Dieter Wiefers sagte am Dienstag, seine „siehe ‚weiteren Gesprächs- darf“. Das Projekt habe Mehrheit im Bundesrat, wo FDP, Grüne und Linkspartei gegen ausgesprochen h- „Ich habe keine Lust, be- cherter Niederlage ein un- tenes Projekt voranzut- sagte Wieferspütz. Der C- entwurf des Bundesinnen- teriums hätte eigentlich a- sem Mittwoch im Kabinett

Heftiger Streit unter Datenschützern

Vom AK Vorrat spaltet sich ein Aktionsbündnis ab. Der Newcomer stiftet Verwirrung

FREIBURG taz ■ Der bisher so erfolgreiche Arbeitskreis Vorratsteteneinführung

räumt ein, dass er häufig ohne Absprache gehandelt hat. „Wenn

Angst“ war immer das Motto der AK-Demos. Aufsehen in

Ihr Geld ... bewegt etwas

246 Talente ... haben sich beworben

Zum 30. Geburtstag der taz am 17. April

Der taz-Workshop „Qualitätsjournalismus“